

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lausitzfonds jetzt: Für eine starke Region

Der Landtag stellt fest:

Aus gesamtdeutscher Perspektive eröffnet die Energiewende viele langfristige ökonomische Chancen. Es gibt Betriebe, Branchen und Regionen, die schon jetzt von der Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft profitieren und auch in Zukunft weiter davon profitieren werden.

Aber gerade auf die Braunkohleregionen kommen zunächst einmal große Herausforderungen eines strukturellen Wandels zu. Da die Energiewende ein nationales, gesamtdeutsches Projekt ist, sollte es zu einem Lastenausgleich zwischen den Regionen kommen. Nicht ausgeblendet werden sollte zudem, dass die Lausitz, wie auch die anderen deutschen Braunkohleregionen über nahezu 100 Jahre hinweg mit der Vernichtung von Heimat, Natur und Landschaft einen hohen Preis für die Versorgung Deutschlands mit Strom und Wärmeenergie bezahlt haben, während Wertschöpfung und Gewinne andernorts verbucht wurden. Im Ergebnis dieses Prozesses finden sich die Landkreise mit aktivem und stillgelegtem Bergbau heute regelmäßig auf den hinteren Plätzen in Studien zur Zukunftsfähigkeit von Regionen.

Insbesondere aufgrund des zunehmend akuten Fachkräftemangels in der Lausitz und der Abwanderung junger, qualifizierter Menschen ist die Weiterentwicklung der Lausitz, welche begehrten Arbeitskräften ein attraktives soziales und kulturelles Umfeld bietet, eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung des „Wirtschaftsraums Lausitz“. Die Initiativen und Dialoge zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und der Energieregion Lausitz müssen daher mit einem Dialogprozess verknüpft werden um auf dieser Basis ein ganzheitliches Entwicklungsleitbild für die Region entwickeln zu können. Qualifizierte Fachkräfte werden nur in der Region bleiben, wenn eine Vielzahl weicher Standortfaktoren erfüllt sind: gute Verkehrsanbindungen (speziell Bahn und ÖPNV), kulturelle und Freizeitangebote, Bildungseinrichtungen mit hoher Qualität, attraktive Versorgungsinfrastruktur für Familien, nahegelegene Einkaufsmöglichkeiten.

Eine lebendige Wissenschaftslandschaft und ihre enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sind für die Innovationskraft einer Region von zentraler Bedeutung. Die Einbeziehung der BTU Cottbus-Senftenberg in den Gesellschafterkreis der Innovationsregion Lausitz ist daher ausdrücklich zu begrüßen und ein wichtiger Schritt.

Der Landtag beschließt:

- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für die Bereitstellung von Mitteln zur aktiven Gestaltung und dauerhaften finanziellen Absicherung des ausstiegsbedingten Strukturwandels in den deutschen Braunkohleregionen einzusetzen. Das Programm sollte pro Jahr mit mindestens 250 Millionen Euro ausgestattet werden, was etwa 25 % der durch den Kohleausstieg sinkenden Bruttowertschöpfung der Braunkohlewirtschaft in den betroffenen Regionen entspräche. Dieser Betrag solle zweckgebunden für Wirtschafts- und Strukturförderung in den betroffenen Regionen eingesetzt werden und unter Berücksichtigung der Anzahl der in den Braunkohleindustrien der jeweiligen Länder Beschäftigten auf die betroffenen Bundesländer verteilt werden. In Brandenburg sollten diese Mittel zentral in einen Lausitzfonds eingespeist und verwaltet werden.
- Unabhängig von einer zukünftigen Mittelbereitstellung durch den Bund soll die Landesregierung ab sofort bereits vorhandene Strukturförderprogramme des Landes verstärkt auf die Unterstützung des Strukturwandels der Lausitz ausrichten.
- Der Ausbau notwendiger Infrastrukturen – einerseits zur Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung, aber auch zur Erhöhung der Attraktivität der Lausitz, also z. B. durch die Verbesserung von Verkehrsanbindungen oder die Schaffung kreativer sozialer oder kultureller Angebote muss deutlich verstärkt werden. Hierfür soll die Landesregierung bereits im Aufstellungsverfahren für den nächsten Doppelhaushalt Vorsorge treffen.
- Die Landesregierung wird aufgefordert die Erarbeitung einer regionalen Entwicklungs- und Innovationsstrategie für die Lausitz aktiv zu unterstützen und diesen Strategieprozess als Bottom-Up-Prozess zu organisieren, d. h. ein breites Set an Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft soll bei der Gestaltung künftiger Strategien und Perspektiven einbezogen werden. Das zu erarbeitende Entwicklungskonzept soll sich nicht nur auf die Perspektiven des „Wirtschaftsraums“, sondern auch des „Lebensraums“ Lausitz konzentrieren, um die Lausitz für begehrte Arbeitskräfte sozial und kulturell attraktiv zu machen.
- Vertreter der Landkreise und der Zivilgesellschaft sollen systematisch und kontinuierlich in den Strukturwandelprozess einbezogen werden. Dementsprechend wird empfohlen, die Dominanz der Braunkohlewirtschaft in der Innovations Region Lausitz GmbH (IRL GmbH) abzuschwächen und dem v. a. wirtschafts- und wissenschaftsorientierten Gesellschafterkreis der IRL GmbH ein geeignetes Format zur Einbeziehung der regionalen und zivilgesellschaftlichen Kräfte hinzuzufügen. Sofern diese Voraussetzung erfüllt ist, sollte die IRL GmbH durch die Landesregierung mit klaren Kompetenzen und einem Budget ausgestattet und diese damit über einen längerfristigen Zeitpunkt gesichert werden.
- Die Landesregierung sollte Initiierung und Durchführung eines Ideenwettbewerbs für Teilräume der Lausitz aktiv unterstützen. Die ausgewählten Ideen sollen mit einer klareren Umsetzungsperspektive versehen werden indem der Wettbewerb mit den Vergabeverfahren für Strukturförderungsgelder oder anderen Förderprogrammen verknüpft wird.

- die Landesregierung möge sich für die Schaffung eines Virtuellen Instituts nach NRW-Vorbild für „Strukturwandel und Transformationsstrategien in Bergbauregionen“ in der Lausitz einsetzen.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag jährlich zu berichten, beginnend mit dem Januar 2017.

Axel Vogel
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN